

# INTERNATIONALE RUNDSCHAU

## Die biafranische Tragödie

Jeden Tag kommen neue, erschütternde Bilder aus Biafra, der abtrünnigen Ostprovinz Nigerias, die den Zustand eines verhungerten Volkes derart drastisch dokumentieren, daß der Großteil der Fotos verfeinerten mitteleuropäischen Gemütern vorenthalten werden muß. Beim Schreiben dieser Zeilen kontrolliert Ibo-Oberst *Ojukwu* noch ein Zehntel des einstigen Stammesgebietes. Seine Truppen verteidigen noch eine einzige Stadt und einen provisorischen Flugplatz. Sechs Millionen Ibos hungern und verhungern, und die Zahl der täglichen Toten soll zwischen acht- und zehntausend liegen. Okjukwu, der die Schlacht um Biafra praktisch schon verloren hat, bereitet sich auf den Kampf im Untergrund vor, was weitere lange Monate des Grauens verheißt.

Wie so manche ungelöste Frage ist auch dieser schreckliche Konflikt aus der Erbmasse zusammenstürzender Kolonialimperien entstanden. Er ist schon seit vielen Monaten nicht nur eine innerafrikanische Angelegenheit, sondern Teil im unterirdischen Kampf um Einflußzonen, im Streit der Mächte um Brückenköpfe auf dem afrikanischen Kontinent. Das hat diesen Kampf eskalieren lassen bis zur völligen Erschöpfung Biafras und Nigerias und ihn zum Musterbeispiel dafür gemacht, was alles passieren kann, solange die Afrikaner nicht lernen, afrikanische Politik und nicht die Geschäfte anderer zu betreiben.

### *Ein hoffnungsvoller Ausgangspunkt*

Als Nigeria im Jahre 1960 aus der britischen Vormundschaft entlassen wurde, schien alles in bester Ordnung zu sein. Ein föderativ gegliederter Bundesstaat verklammerte die Haussas im Norden mit den Yorubas im Westen und den Ibos im Osten. Ein lebensfähiger und schon beachtlich entwickelter 56-Millionen-Staat, zusammengeschweißt aus 200 verschiedenen Stammesvölkern schien entstanden, der sich als Mitglied des britischen Commonwealth empfand. Allerdings: Sprengstoff lag bereits in dem unterschiedlichen Entwicklungsgrad der drei wichtigsten Regionen des Landes.

Alle Schlüsselpositionen Nigerias in Wirtschaft, Verwaltung und Heer befanden sich in den Händen der am meisten entwickelten Ibos. Diese zögerten nicht, mit Brachialgewalt und Mord ihre Pfründen und Machtpositionen zu verteidigen. 1966 verschärfte sich die Lage mit der Errichtung einer straffen Militärdiktatur durch Ibo-General *Ironsi*. Die unterjochten

Haussas setzten sich zur Wehr, es kam zu beispiellosen Massakern unter der Ibo-Oberschicht. (Während die westliche Geschichtsschreibung die Zahl der Todesopfer unter der Ibo-Herrschaft nie erfaßt hat, ist man sich, was die Zahl der Haussa-Opfer angeht, weitgehend einig: 30 000 sollen der Nacht der langen Messer zum Opfer gefallen sein.) Die Folge: es kam zu einem Massenexodus der Ibos in ihre Stammesregion Biafra.

Unter Oberst Ojukwu sagte sich Biafra schließlich vom nigerianischen Bundesstaat los. Dies war der Beginn des blutigen Bürgerkrieges, der nun schon weit über ein Jahr tobt und jetzt seinem Ende in Schrecken entgegendämmert. Ohne Biafra, das wußte Nigerias Staatschef General *Gowon* schon zu Beginn des Konfliktes, kann die Republik nicht leben. Es ist mit seinen hochwertigen Erdölvorkommen der bedeutendste Aktivposten in der nigerianischen Handelsbilanz. Was Wunder, daß auch andere Mächte ihr begehliches Auge auf Biafra hefteten.

Daß London und Moskau die Zentralregierung in Lagos gegen die Separatisten in Biafra unterstützen, ist allgemein bekannt. Daß die nigerianischen Piloten vor Beginn des Bürgerkrieges von der Bundeswehr ausgebildet wurden, hat sich weniger herumgesprochen. Die Hilfsquellen Biafras werden von unserer Berichterstattung vollends in ein mildtätiges Dunkel gehüllt. Daß Portugal mitmischte, wurde ruchbar. Daß Frankreichs General mehr als nur christliches Interesse für die Separatisten von Biafra empfindet, ist mittlerweile nicht mehr zu vertuschen. Von den Amerikanern hört man rein gar nichts, angesichts der massiven sowjetischen Unterstützung für Lagos darf man sie allerdings auch nicht allzuweit vom Schuß vermuten.

#### *Völkermord unter europäischer Assistenz*

Nach anfänglichen biafranischen Blitzsiegen ist die Lage für Ojukwu unterdessen hoffnungslos geworden. Die überfüllte Restprovinz ist von der Küste abgeschnitten. Der Nahrungsmittelnachschub, notdürftig durch das Rote Kreuz und kirchliche karitative Organisationen aufrechterhalten, zögert das Verhungern hinaus. Der Waffennachschub Frankreichs über Gabun verlängert den Todeskampf. Selbst Ojukwus einziger Trumpf, das Weltgewissen mit den Sterberaten seines Stammes zu mobilisieren, sticht nicht mehr. Gegen die weltgeschichtlich bedeutsameren tschechoslowakischen Vorgänge kommen auch die zwei von Ojukwu engagierten Public-Relation-Firmen nicht an, die über Monate hindurch die westliche Öffentlichkeit bemerkenswert geschickt mit Wahrheiten, Halbwahrheiten und bereitwillig geglaubten Schauermärchen versorgt hatten.

Selten zuvor in der Geschichte hat ein Diktator — und Ojukwu ist nichts anderes (wie

übrigens sein Gegenspieler Gowon ebenfalls) — höheren politischen Zwecken zufolge sein Volk so systematisch vor die Hunde gehen lassen. Seine Soldaten und seine Söldnertruppen haben mit Waffengewalt immer mehr Flüchtlinge in das immer kleiner werdende Stammesgebiet getrieben. Sie überließen Monate hindurch menschenleere Dörfer und Städte den vordringenden Truppen der Zentralregierung. Folgerichtig hat Ojukwu denn auch die Gespräche um einen Nahrungsmittelkorridor durch immer neue Einwände torpediert. Die Aktionen der weltweiten Hilfswerke wurden nicht nur durch die Zentralregierung behindert. Jedes verhungernde Biafra-Kind war für Ojukwu ein machtpolitischer Aktivposten — bis ihm die Okkupation der CSSR durch die Warschauer Pakt-Staaten diese Waffe aus der Hand gewunden hat.

Britische, sowjetische, französische, portugiesische und vielleicht auch amerikanische Warfen haben ihren unredlichen Anteil am Völkermord in Biafra. Die moralischen Verdammungsurteile klingen schal angesichts der europäischen Präsenz in diesem schwergeprüften Land. Zu viele haben sich an diesem Konflikt die Finger schmutzig gemacht, um noch eine Richterrolle beanspruchen zu können. Und nicht zuletzt ist das Agieren der Söldnerhaufen auf beiden Seiten der Front ein immerwährender Vorwurf, der unser aller Schuldkonto schwer belastet. Als innerafrikanischer Konflikt wäre die biafranische Tragödie längst zu Ende, und sie hätte nicht jene schauerliche Dimension gewonnen, die wir heute verzeichnen müssen.

#### *Warum tut die UNO nichts?*

Wie immer, wenn die Welt nicht weiter weiß, folgt der Schrei nach den Vereinten Nationen. Wer so ruft, mißverstet die Rolle der Weltorganisation gründlich. Die UNO ist auf dem Respekt vor der staatlichen Souveränität ihrer Mitgliedsländer gegründet. Das schließt ein Interventionsrecht in allen Bürgerkriegen aus. Schon das Engagement der Weltorganisation in Korea war fragwürdig und ist seither nicht mehr wiederholt worden. Der Einsatz in Zypern widerspricht dieser Theorie nicht. Nikosia, Athen und Ankara hatten seinerzeit die Schiedsrichterrolle der Vereinten Nationen akzeptiert — nur dann, wenn alle Beteiligten zustimmen, kann die Weltorganisation wirksam werden. Daß sie es selbst dann nur unvollkommen kann, ergibt sich aus dem vorher gesagten.

Die Vereinten Nationen *könnten* allerdings auf der Basis internationaler Übereinkommen etwas anderes tun. Sie könnten:

1. Jede offene und verdeckte Intervention fremder Staaten in einem Bürgerkrieg international ächten;
2. Das Aufstellen, Anwerben und Einsetzen von Söldnertruppen als völkerrechtliches Ver-

brechen brandmarken und alle Staaten verpflichten, Söldner als gewöhnliche Kriminelle strafrechtlich zu verfolgen;

3. Eine internationale Konvention schaffen, die alle Aktionen gegen die Zivilbevölkerung — also: Flächenbombardements, Hungerblockaden, Raub und Brandschatzung — als Verbrechen wider die Menschlichkeit erklärt.

Wer dies fordert, muß allerdings sofort eingestehen, daß die Vereinten Nationen auf absehbarer Zeit dazu nicht in der Lage sein werden. Die USA und die UdSSR werden niemals bereit sein, ihren Interventionsanspruch in Bürgerkriegen aufzugeben. Sie werden nur bereit sein, die Intervention des Gegners als Verbrechen zu brandmarken. Die jungen Staaten werden auf Söldnerheere nicht verzichten wollen. Die Dezimierung der Zivilbevölkerung ist in allen Kriegen seit Menschengedenken ein beliebtes Mittel, den „Feind“ in die Knie zu zwingen. Und die Massenvernichtungsmittel sind von Jahrhundert zu Jahrhundert vervollkommnet worden. Wer die UNO anklagt, haut den Sack und meint den Esel: die Un-

fähigkeit der Menschheit nämlich, ihre Mordlust wider die eigene Art zu **zähmen**.

#### Zwischenakt im Menschheitsdrama

Unter biafranischer und nigerianischer Assistenz vollzieht sich der Untergang des Ibo-Volkes — kräftig gefördert von den vermeintlich zivilisierteren Nationen. Alle unsere karikativen Anstrengungen müssen angesichts dieses Dramas den faden Beigeschmack eines Alibis für unser eigenes, weltweites Versagen gewinnen. Biafra ist nur ein Zwischenakt im Menschheitsdrama. Ein scheußlicher gewiß, aber nicht einmal ein besonders exemplarischer. Die geschundene, napalmverbrannte, durch Bomben zerstückelte, dem sicheren Hungertod ausgelieferte Kreatur Mensch erfüllt nicht nur in Afrika die Luft mit ihrem Todesschrei. Und wir? Wir beten, packen Liebesgabenpakete und errichten Feldlazarette. Und verlachen überdies jene als unzeitgemäße Moralisten, die das Morden in der Welt schlechthin für ein fluchwürdiges Verbrechen halten. *Egon Lutz*

### Schwedische Wahlen 1968

Bei den schwedischen Kommunalwahlen vor zwei Jahren erlitt die Sozialdemokratie eine markante Niederlage. (Siehe GM Nr. 12/66.) Die Aussichten für die diesjährigen Reichstagswahlen waren deshalb nicht allzu günstig. Zur Überraschung aller erlebte die Sozialdemokratie jedoch ihren größten Wahlsieg seit 1940. Hier eine Aufstellung über die Mandatsverteilung.

	1968	1964
Högerpartei (Rechtspartei)	31	33
Centerpartei (früh. Bauernpartei)	41	36
Volkspartei (liberal)	33	43
Sozialdemokratie	125	113
Kommunisten	3	8
	233	233

Der jetzige Wahlausgang ist um so erstaunlicher, als er nach den Niederlagen der Arbeiterparteien in Norwegen und Dänemark und in einer allgemeinen Flaute der sozialistischen Bewegung erfolgte. Wo liegen die Ursachen für diesen Sieg?

Die schwedische Sozialdemokratie ging gleich nach den Wahlen von 1966 daran, die Ursachen der Niederlage in der eigenen Politik zu suchen und diese dementsprechend zu ändern. Da war die leidige *Wohnungsfrage*. Trotz großer Bautätigkeit war es nicht gelungen, die Spanne zwischen Produktion und Nachfrage an Wohnungen wesentlich einzunengen. In den letzten zwei Jahren ist dies jedoch weitgehend geglückt. Unter anderem wurde mit Hilfe von Sperrmaßnahmen für Geschäfts-, Kontor- und öffentliche Bauten dem Wohnungsmarkt mehr Kapital zugeführt.

Im Jahre 1967 wurden über 100 000 Wohnungen fertiggestellt, mehr als jemals zuvor in einem Jahr. Zum erstenmal in der Nachkriegszeit gab es wieder einen sichtbaren Überschuß an zwar teuren, aber doch leerstehenden Wohnungen.

Aus der Wahldebatte war auch das propagandistisch unglückliche *Agrarprogramm* verschwunden. Obwohl es eine weitgehend richtige Perspektive der Rationalisierung in der Landwirtschaft aufzeigte, hatte es doch vielfach den Eindruck erweckt, als wolle man die kleinen Bauern von der Scholle vertreiben. Inzwischen ist das Programm still und leise in der Versenkung verschwunden, während die Rationalisierung der Landwirtschaft trotzdem fortschreitet. In der Praxis gibt es dabei kaum große Differenzen zwischen den Organisationen der Bauern und der sozialdemokratischen Regierungspolitik. Der Sozialdemokratie kam auch der internationale wirtschaftliche Aufschwung zugute, während er den bürgerlichen Parteien die Argumente gegen die angebliche Mißwirtschaft der Regierung nahm.

Die *Wahlbeteiligung* mit 88,7% war diesmal größer als je zuvor, und diese kam vorwiegend den Sozialdemokraten zugute. Von großer Bedeutung war auch eine sehr intensive persönliche Agitation in den Betrieben. Dabei spielten keine polemischen Flugblätter eine Rolle, sondern sehr sachlich und mit reichlichem Zahlenmaterial ausgearbeitete Broschüren, welche allen Mitgliedern als Diskussionsunterlage geliefert worden waren.

Neben den innenpolitischen Problemen wirkten diesmal auch die außenpolitischen Ergebnisse auf das Wahlergebnis. Da war zum Beispiel der *Vietnamkrieg*. Die sozialdemokra-

tische Regierung hatte in den letzten beiden Jahren ihre mehr und mehr eindeutige Ablehnung der amerikanischen Vietnampolitik bekundet. Den Höhepunkt erreichte diese Stellungnahme, als im Frühjahr dieses Jahres der Unterrichtsminister *Palme*, Seite an Seite mit dem hier damals zu Gast weilenden nordvietnamesischen Gesandten in Moskau, an einer großangelegten Vietnamdemonstration teilnahm. Nachdem als Antwort auf die Kritik bürgerlicher Blätter sich auch *Erlander* und die Regierung eindeutig hinter *Palme* und seine Ausführungen stellten, berief die amerikanische Regierung demonstrativ ihren Gesandten zur Berichterstattung nach Washington zurück. Das unkonventionelle Auftreten *Palmes* und *Erlanders* Reaktion hat der Sozialdemokratie ganz besonders unter einem Teil der jüngeren Wähler viel Vertrauen verschafft.

Ohne Zweifel kam auch die *tschechische Krise* den Sozialdemokraten zugute. Die scharfe Ablehnung der russischen Okkupation seitens der schwedischen Regierung war keine nur taktische oder opportunistische Angelegenheit und kein Ausdruck eines primitiven Antikommunismus, vielmehr verlieh die vorausgegangene eindeutige Ablehnung der amerikanischen Kriegspolitik in Vietnam, der Intervention in der Dominikanischen Republik und des Militärputsches in Griechenland, Schweden ein moralisches Recht, auch gegen die sowjetische Aggression aufzutreten.

Für die *kommunistische Partei* bedeutete die Okkupation der Tschechoslowakei eine Katastrophe. Seit *Chruschtschow* hatten die Kommunisten dank ihrer neuen und moderaten Leitung eine ganze Reihe Anhänger und Wähler gewonnen, jetzt aber verloren sie fünf von ihren bisher acht Reichstagsmandaten. Selbst die scharfe Ablehnung der sowjetischen Militärführung seitens der Partei konnte nichts daran ändern. Bei vielen kommunistischen Wählern, die jetzt sozialdemokratisch wählten, spielte auch die Erwägung eine Rolle, daß man in der gegenwärtigen zugespitzten Situation lieber eine sozialdemokratische als eine bürgerliche Regierung haben wollte.

Interessant ist, daß die einzige Gewinnerin unter den bürgerlichen Parteien die *Centerpartei* war. Diese früher kleinste Partei im bürgerlichen Lager ist nun die stärkste geworden, und zum erstenmal ist ihr gelungen, auch in die städtischen Wählerschichten einzudringen. Ursprünglich war die *Centerpartei* eine reine bäuerliche Interessenpartei mit einem gut ausgebauten Netz von bäuerlichen Organisationen, Unternehmungen und Genossenschaften hinter sich. Erst nach ihrer vor zehn Jahren erfolgten Namensänderung von „*Bauernpartei*“ in „*Centerpartei*“ hat sie auch Eingang in die städtischen Mittelschichten gefunden. Innenpolitisch treibt sie eine sehr realistische Interessenpolitik. Sie lehnt die Steuerpläne der *Högerpartei* ab, ist aber auf der anderen Seite

Gegnerin jeglicher Sozialisierungspolitik und der Ausweitung der staatschrierten Wirtschaft.

In außenpolitischen Fragen steht sie den Sozialdemokraten und dem linken Flügel der *Volkspartei* nahe. Sie unterstützt voll und ganz die bisherige schwedische Neutralitätspolitik, ist kritisch gegenüber dem Atlantikpakt und lehnt weitgehend auch die amerikanische Vietnampolitik ab.

Die im allgemeinen immer sehr kompromißfreudige schwedische Politik dürfte in den nächsten beiden Jahren von den Auseinandersetzungen über das Maß der Kompromisse zwischen der Sozialdemokratie und der Centerpartei bestimmt werden. Da diese Partei als stärkste bürgerliche Partei jetzt auch die führende Oppositionspartei gegenüber der sozialdemokratischen Regierung geworden ist, dürfte ihre künftige Politik und Entwicklung äußerst interessant und bedeutungsvoll werden.

Innenpolitisch wird sich in der schwedischen Politik auch nach den Wahlen nicht sehr viel ändern. Eine Reihe sozialer und anderer Reformen werden leichter durchgeführt werden können, die Möglichkeiten einer staatlichen Kontrolle und Einsichtnahme in die großen privaten Unternehmungen werden erweitert werden und sicherlich wird auch die Frage des *Mitbestimmungsrechts* der Arbeiter in den Betrieben mehr in den Vordergrund der Diskussion kommen. Eine Sozialisierung oder Verstaatlichung größerer Industrien ist dagegen auch unter der neuen Regierung nicht aktuell.

Da im Jahre 1970 in Schweden das *Einkammersystem*, eingeführt wird, amtiert der jetzige Reichstag nur zwei Jahre. Diese beiden Jahre werden deshalb von allen Parteien mit einer intensiven politischen Aktivität ausgefüllt werden. Bisher ist es in keinem Land mit freien Wahlen möglich gewesen, daß sich eine Regierung 36 Jahre an der Macht halten konnte, und es gab bisher keinen demokratisch gewählten Regierungschef, der 22 Jahre an der Spitze einer Regierung stand.

Doch die schwedische Politik wird nicht nur in Stockholm, sondern in hohem Maße auch von der Weltpolitik bestimmt. Unter der kurzen Ära *Kennedys* und *Chruschtschows* hatte man trotz Kuba- und Berlinkrise größere Hoffnungen auf eine weitere Entspannung. Seit der Ermordung des einen und der Absetzung des anderen sind die Verhältnisse überall unsicherer und undurchsichtiger geworden. In Schweden begrüßte man in den letzten Jahren die Auflockerungstendenzen innerhalb des Atlantik- und des Warschauerblocks, weil dadurch ein besseres und friedlicheres Zusammenarbeiten der Völker in Europa und auch der beiden herrschenden Großmächte ermöglicht werden konnte. Um so tragischer ist die neueste Entwicklung, welche zu einer Verhärtung der Blöcke führen muß.

Walter Pöppel, Stockholm

## Dogmen im Dilemma

Zwei Machtzentren dieser Welt, die für sich in Anspruch nehmen, kraft höherer Erkenntnis zu handeln, kämpfen um die Glaubwürdigkeit ihrer Glaubenssätze. Ihre Dogmen sind im Dilemma.

Nach katholischer Lehre ist ein Dogma eine von Gott geoffenbarte Weisheit, die von der Kirche klar und ausdrücklich als verbindliche Offenbarungsweisheit festgestellt worden ist.

Man geht sicher nicht fehl, wenn man abwandelt: Nach kommunistischer Lehre ist ein Dogma eine von *Marx* geoffenbarte Weisheit, die von der Partei klar und ausdrücklich als verbindliche Offenbarungswahrheit festgestellt worden ist.

Welche Kirche und welche Partei und wer in dieser Kirche und Partei nahmen für sich in Anspruch, kraft höherer Erkenntnis zu handeln? Die römisch-katholische Kirche durch ihre Konzilien und den Papst, und die KPdSU durch ihre Parteitage und das Parteipräsidium. Beide bestimmen in Glaubenssachen, die einen für die Christenheit, die anderen für den Marxismus. Wer sich ihren Dogmen nicht unterwirft, wurde und wird als Ketzer verworfen.

Auch in der Behandlung der nicht Rechtgläubigen sind keine großen Unterschiede zu sehen. Sie richtet sich nach dem Maße der Macht. War es früher dort Inquisition und Exkommunikation, Religionskrieg und Feuertod, sind es heute bei den anderen Selbstanklage und Schauprozeß, Invasion und Liquidation.

Die Unduldsamkeit der einen zwang wohl viele zum Widerruf — auch *Galilei* —, sie

vermochte es aber nicht zu verhindern, daß andere Lehren und Erkenntnisse sich ausbreiteten, gediehen und behaupteten, ihren Dogmen zum Trotz. Und die Erde dreht sich doch.

Die Unduldsamkeit der anderen zwingt wohl viele zum Widerruf — auch *Dubcek* —, sie vermag es aber nicht zu verhindern, daß andere Erkenntnisse, Lehrsätze und Beispiele des Marxismus sich ausbreiten, gedeihen und behaupten werden, den Dogmen der Moskauer Päpste zum Trotz — und der Sozialismus lebt doch.

Solange weltliche Macht in den Händen von Dogmatikern liegt, bekehren sie mit Feuer und Schwert, soweit ihre Macht reicht. Macht ist aber nicht grenzenlos, weder im Raum noch in der Zeit. Das erfuhr die katholische Kirche, das werden die Herren des Kreml auch erfahren.

Die eine mußte sich mit *Luther* und der Reformation abfinden, die anderen werden sich mit den Nachfolgern *Dubceks* und *Titos* und mit der persönlichen Freiheit arrangieren müssen.

Rom droht nicht mehr, es muß heute überzeugen. Sein gegenwärtiges Dilemma ist die Pille.

Moskau droht heute noch, es muß nicht überzeugen. Sein gegenwärtiges Dilemma ist der demokratische Sozialismus.

Im Dilemma ist, wer sich in einer Zwangslage befindet und die Wahl zwischen zwei (meist unangenehmen) Möglichkeiten hat.

Dogmen und Dogmatiker aber sind gefährlich — gestern, heute und morgen.

*Erich Huber*